In der List wird morgen die Johanneskirche geschlossen. Sie ist die zehnte evangelische Kirche in der Landeshauptstadt, die aufgegeben wird. Stadtsuperintendent Hans-Martin Heinemann rechnet damit, dass in den nächsten Jahren weitere Gotteshäuser verschwinden werden. Für die neuen Rekordwerte bei den Kirchenaustritten macht Heinemann auch Schwächen bei der Informationspolitik verantwortlich. Mitglieder gehen auch wegen einer formalen Änderung bei der Kapitalertragssteuer.

Kirchenschließungen gehen weiter

- Stadtsuperintendent kritisiert Kommunikation
- Arbeitsgruppe soll weitere Austritte verhindern

VON DIRK ALTWIG

1500 Mitglieder haben im ersten Halbjahr die Evangelische Kirche in Hannover verlassen. Fast eine halbe Kirchengemeinde. Was ist passiert? Können die Mitglieder zurückgewonnen werden? Die NP sprach mit Stadtsuperintendent Hans-Martin Heinemann.

Herr Heinemann, wenn es so weitergeht, dürfte der Austrittsrekord von 2013 noch übertroffen werden.
Die Zahlen sind wirklich mächtig. Sehr auffällig ist für uns, dass viele im Pensionsalter sind, die jetzt austreten. Sonst sind es meist junge Leute. Offenbar gibt es die Befürchtung, dass zusätzliche Kirchensteuern auf die Altersrücklage gezahlt werden sollen. Dabei hat es diese Steuerpflicht bei der Kapitalertragssteuer auch bisher schon gegeben. An der Höhe ändert sich also gar nichts.

Wieso hat die Kirche ihre Mitglieder nicht vorsorglich auf diese Veränderung hingewiesen?
Ich habe auch erst von meiner Bank von dieser Veränderung erfahren. Man kann möglicherweise den Eindruck gewinnen, dass das nicht optimal kommuniziert wurde. Wir in Hannover haben mit dem Aushang im Standesamt reagiert, den die NP gezeigt hat.

Sehen Sie Chancen, die Ausgetretenen zurückzugewinnen?
Wir haben ja im Schnitt jeden Tag einen Wiedereintritt. Üblicherweise dauert es aber ein paar Jahre, bis es nach einem Austritt zu einem Wiedereintritt kommt.

Nun sind doch offenbar viele Leute wegen eines Missverständnisses ausgetreten. Können Sie da nicht nachfassen? Schreiben Sie doch einen Brief und erklären Sie die Situation.
Das ist eigentlich Sache der Kirchengemeinden, zu denen die Mitglieder gehört haben. Die Frage, ob wir in dieser besonderen Situation nicht mit einem besonderen Brief reagieren sollten, werden wir aber auf alle Fälle diskutieren.

Nach dem Austrittsrekord des vergangenen Jahres hatte der Stadtkirchenverband angekündigt, mit einer Arbeitsgruppe zu überlegen, was gegen Austritte getan werden kann. Gibt es schon Ergebnisse?
Die Gruppe arbeitet. Wir führen da eine intensive Debatte, aber es ist ein weites Feld.

Sonntag wird in Hannover die zehnte evangelische Kirche geschlossen. Wird das die letzte gewesen sein?
Ich glaube nicht, dass die Talsohle in diesem Jahrzehnt schon durchschritten sein wird. In Hannover wird aber immer flächendeckend für alle eine Kirche erreichbar sein.

> Ich habe auch erst von meiner Bank von diesen Veränderungen erfahren.
>
> *Hans-Martin Heinemann, Stadtsuperintendent, zu neuen Regelungen zur Kapitalertragssteuer*

WILL AUF DIE AUSTRITTSWELLE REAGIEREN: Stadtsuperintendent Hans-Martin Heinemann sprach mit der NP. *Foto: Archiv*

IN DER LIST: Pastor Ulrich Pehle-Oesterreich (oben) wird am Sonntag zum letzten Mal am Altar in der Johanneskirche (links) stehen. Die Kirche soll zu Wohnungen umgebaut werden. *Fotos: Wilde*

Gesprengt, abgerissen oder als Synagoge gerettet

HANNOVER. 2002 hat die Evangelische Kirche ihr erstes Gotteshaus in Hannover aufgegeben. Die Ansgarkirche in Hainholz wurde zum Archiv-Gebäude umgebaut. Spektakulär war der Abriss des Kirchturms, er wurde aus Kostengründen gesprengt. Mit der Lister Johanneskirche steigt die Zahl der aufgegebenen lutherischen Kirchen auf zehn.

Eine Besonderheit ist das Schicksal der Vahrenwalder Kirche. Sie war die erste, die 1950 nach dem Krieg als Neubau fertig wurde. Außen war sie ein schmuckloser Zweckbau, drinnen gabs mit Fachwerk und Holzvertäfelung fast schon eine romantische Atmosphäre. Weil das Ensemble mit Gruppenräumen für die Gemeinde zu groß und teuer geworden ist, entsteht derzeit ein Neubau an der alten Stelle.

Als Gotteshäuser erhalten geblieben sind die ehemalige Gustav-Adolf-Kirche (Leinhausen) und die ehemalige Maria-Magdalena-Kirche (Ricklingen). Jüdische Gemeinden haben neues Leben in die Räume gebracht. Im hannoverschen Umland wurden bislang drei Kirchen aufgegeben.

Zehn katholische Kirchen wurden bisher in der Region geschlossen. Am 24. Juli ist die in Holtensen dran. Propst Martin Tenge: „Weitere Kirchen müssen wohl nach Prüfung etwa im Jahr 2018 profaniert (*entweiht, d. Red.*) werden." Umkämpft bleibt die Christopheruskirche in Stöcken. Die Gemeinde möchte sie nicht an die Evangelische Kirche verkaufen. *wig*

GESPRENGT ODER GERETTET: Der Turm der ehemaligen Ansgarkirche wurde 2001 gesprengt, die Kirche dient inzwischen als Archiv (links). Bucharisch-sefardische Juden haben aus der Maria-Magdalenen-Kirche in Ricklingen eine prächtige Synagoge gemacht. *Fotos: Archiv*

179 000 Katholiken kehren Bistümern den Rücken

HANNOVER. Die katholischen Bistümer in Niedersachsen haben 2013 so viele Mitglieder durch Austritt verloren wie selten zuvor. Als wesentliche Ursache für den deutschlandweiten Trend nannten die Bistümer den Finanzskandal um den Limburger Bischof Tebartz-van Elst.

Im Bistum Hildesheim stieg die Zahl der Austritte von 4410 im Jahr 2012 auf 6306 im Jahr 2013 an, fast die Hälfte mehr. Osnabrück registrierte 2012 rund 1900 Austritte, im Jahr 2013 waren es 3026. Das Offizialat Oldenburg, das zum westfälischen Bistum Münster gehört, meldete 856 Austritte im Jahr 2012 und 1364 im vergangenen Jahr.

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz veröffentlichte gestern bundesweite Zahlen. Die Zahl der Austritte ist von 118 000 im Jahr 2012 auf schon 179 000 in diesem Jahr gestiegen – ein Plus von über 50 Prozent. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, nannte die Zahlen „schmerzlich". Das zweite Halbjahr 2013 habe „offensichtlich zu einem Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust geführt".

Deutlicher wurde der Osnabrücker Generalvikar Theo Paul: „Wir wissen, dass die Vorkommnisse um den Bau der Bischofsresidenz in Limburg für viele der Auslöser waren, den Austritt zu vollziehen." Vertrauen ließe sich jetzt vor allem durch Offenheit und Transparenz zurückgewinnen.

Auch die evangelische hannoversche Landeskirche verzeichnet ein Austrittsplus. Die Verwaltung rechnet mit bis zu 20 000 Austritten – das wäre fast ein Viertel mehr als 2012. *epd/wig*

Zahnarzt-Anklage ist „nur Spitze des Eisberges"

Marc Chérestal vertritt rund 50 Patienten des Mediziners, der betrogen haben soll. Es droht eine lange Gefängnisstrafe.

VON THOMAS NAGEL

HANNOVER. Für die einen sind die Vorwürfe völlig aus der Luft gegriffen, für die anderen gehen sie nicht weit genug: Die Betrugsanklage gegen einen hannoverschen Zahnarzt ruft zwiespältige Einschätzungen hervor.

Für den Anwalt des Zahnarztes, Matthias Waldraff, ist nicht sicher, ob seinem Mandanten überhaupt der Prozess gemacht wird: „Wir haben auf 715 Seiten die Vorwürfe entkräftet. Wir arbeiten jetzt daran, dass die Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Hildesheim das Verfahren nicht eröffnet." Aus Waldraffs Sicht sind die Gutachter der Staatsanwaltschaft befangen.

Diese Einschätzung wundert wiederum Marc Chérestal. Der Medizinrechtler vertritt rund 50 ehemalige Patienten des Zahnarztes. „Die Anklage ist nur die Spitze des Eisberges", sagt er. Der Mediziner muss sich in 60 Fällen wegen gewerbsmäßigen Betruges beziehungsweise versuchten gewerbsmäßigen Betruges verantworten. Anwalt Chérestal wundert sich zum Beispiel, dass die Ermittlungsbehörden bislang nicht dem Verdacht, der Zahnarzt habe überhöhte Materialkosten berechnet, nachgegangen seien. „Teilweise wurden die Materialien mit Aufschlägen von mehr als 100 Prozent gegenüber den Listenpreisen an die Patienten weitergegeben", sagt der Medizinrechtler.

Gleichzeitig räumt der Patientenanwalt ein, dass es sich um eine komplizierte Materie handelt. „Für die Patienten ist es schwer einzuschätzen, was der Arzt gemacht hat", erklärt der Anwalt. Auch was der Zahnarzt abrechnen durfte, beschäftige Experten.

Nach NP-Informationen stützt sich die Anklage aber auf objektive Beweise. So soll der Robodent, der eine computergestützte Navigation von Zahnimplantaten ermöglicht, über längere Zeit nicht eingesetzt worden sein. Die Ermittler hätten entsprechende Nachweise im Computer-System nicht gefunden, heißt es. Trotzdem habe der Arzt den teuren Einsatz des Apparates abgerechnet. Die Behauptung des Zahnarztes in Zivilverfahren, er habe im „Offline-Modus" mit dem Robodenten operiert, soll von einem Sachverständigen widerlegt worden sein.

Zu den Gutachtern der Staatsanwaltschaft meint Chérestal, dass er nicht glaube, dass sie befangen seien. Schließlich sei ein Sachverständiger von den Verteidigern des Zahnarztes selbst vorgeschlagen worden.

Die Strafe für gewerbsmäßigen Betrug reicht von sechs Monaten bis zehn Jahren Haft pro Fall. Ab einer Freiheitsstrafe von einem Jahr droht dem Zahnarzt der Entzug der Approbation. Das ist das erklärte Ziel einer hannoverschen Patienteninitiative, in der mehr als 120 Menschen organisiert sind.

> Wir arbeiten jetzt daran, dass die Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Hildesheim das Verfahren nicht eröffnet.

Anwalt **Matthias Waldraff** vertritt den wegen gewerbsmäßigen Betruges angeklagten Zahnarzt aus Hannover.